A11 Iran-Krise und Tötung Soleimanis als Wendepunkt nehmen hin zu friedensfähiger Bündnispolitik und Transatlantizismus, der seinen proklamierten Werten entspricht

Antragsteller*in: Jan Schierkolk (KV Frankfurt)

Antragstext

Am 3.1.2020 wurde der prominente General und Befehlshaber der Al-Quds-Brigaden, d.h. des Auslandsarmes der iranischen Revolutionsgarden, Qasem Soleimani, durch einen US-amerikanischen Drohnenangriff getötet. Präsident Trump selbst hatte den Angriff anscheinend schon vor längerer Zeit persönlich authorisiert. Trotzdem rechtfertigten er selbst, sowie Mitglieder seiner Administration, ihn zunächst mit einer angeblich zentralen Rolle Soleimanis bei unmittelbar bevorstehenden Angriffen auf US-Personal und/oder Einrichtungen, sowie auf europäische Verbündete - d.h. mit dringend nötiger Selbst- bzw. Bündnisverteidigung. Später wurden diese Aussagen relativiert, jedoch weder klar zurückgenommen, noch belegt.

Es besteht die Möglichkeit, dass dieser Drohnen-Angriff, wie auch viele weitere, unter essentieller Beteiligung von US-Infrastruktur in Deutschland erfolgte. Militärstützpunkte wie z.B. der in Rammstein beherbergen insgesamt mehrere zehntausend Soldat*innen, dienen als logistische Drehkreuze der USA inkl. für ihre Operationen im Mittleren und Nahen Osten, und vielen Berichten zufolge auch mindestens als Relaisstationen für den Betrieb von außerrechtlichen Tötungsoperationen dort und in Afrika. Anscheinend erhebliche Teile der US-amerikanischen Infrastruktur zur versuchten Totalüberwachung jeglicher Kommunikation befinden sich ebenfalls in Deutschland, scheinbar tlw. in Kooperation mit deutschen Stellen betrieben. Neben der routinierten eklatanten Verletzung der Privatsphäre von Milliarden Menschen rund um die Welt dienen diese Aktivitäten auch der – oft zudem fehlerhaften – Identifizierung von Zielen des Tötungsprogrammes.

Wir erkennen an, dass Qasem Soleimani – der im Iran ein großer Volksheld und Machtfaktor war - über die letzten Jahrzehnte eine tragende Rolle bei der rücksichtslosen Ausbreitung iranischer Macht in der Region, und dabei auch direkt oder indirekt dem Tod vieler oft unschuldiger Menschen spielte. Seine Tötung war dennoch nicht zu rechtfertigen: Erstens schien sie jeder belegbaren bzw. belegten rechtlichen Grundlage zu entbehren. Und zweitens war sie dazu geeignet, einen spätestens seit der US-amerikanischen Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran (JCPOA) sich dramatisch verschärfenden Konflikt vollends eskalieren zu lassen. Der Ausbruch eines unkalkulierbaren und schwer eindämmbaren Regionalkrieges hätte leicht die Folge sein können, mit dramatischem erwartbaren Verlust an Menschenleben, sowie schweren Folgen für Umwelt und Weltwirtschaft.

Dass es hierzu nicht gekommen ist, ist im Vergleich eher iranischer als US-amerikanischer Zurückhaltung zuzuschreiben. Ein eher symbolischer Vergeltungsangriff Irans - auch wenn wir diesen natürlich ebenso verurteilen - forderte wohl nicht zufällig keine Menschenleben. Und schon im Falle des JCPOA war es Trump, der die USA einseitig aussteigen ließ, woraufhin der Iran ein ganzes Jahr lang wartete, bis er seinerseits schrittweise begann, die Umsetzung des Abkommens auszusetzen.

Das regionale Verhalten Irans, und z.B. seine aktive Rolle bei der Unterstützung von Assads Unterdrückung und Kriegsverbrechen in Syrien, ist ohne Frage oft nur zu verurteilen. Das gleiche gilt jedoch auch für andere regionale Akteure, die für ihr Verhalten oft sehr viel weniger Kritik, bzw. gar Unterstützung, aus den USA und Europa bekommen. Aktuelles Extrembeispiel ist der menschenverachtende aktuelle Krieg einer Koalition unter saudischer Führung gegen vor allem die Zivilbevölkerung Jemens. Kaum einer der wichtigsten Akteure in der Region ist komplett unschuldig. Wir müssen ihr Verhalten differenziert beurteilen - wofür wir aber dringend einheitlichere Standarts brauchen. Dies gilt auch für unsere Verbündeten.

Der aktuelle regionale Konflikt ist vielschichtig und komplex, und Bedarf einer detaillierten Auseinandersetzung, wie die BAG sie u.a. mit ihrem letzten BDK-Antrag zum Iran zu leisten versucht hat. Dabei halten wir die vermutlich illegale bzw. so oder so komplett verantwortungslose Tötung Soleimanis durch die USA jedoch für einen weiteren klaren Kristallisationspunkt vieler schon länger andauernden Fehlentwicklungen in der westlichen und speziell US-amerikanischen Politik in der Region. Es wäre sträflich, den Fall jetzt nicht mit der gebotenen Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zu behandeln, nur weil - dieses Mal, bisher – der leicht mögliche große Knall als Ergebnis ausblieb.

Der Umgang mit der Causa Soleimani ist ein weiteres dramatisches Beispiel dafür, wie das zuhause täglich zur Schau gestellte mangelnde Rechts- und Wahrheitsverständnis Trumps auf die internationale Politik durchschlägt. Doch so verlockend es scheint, nur Trump für die gefährliche Überheblichkeit und Kurzsichtigkeit aktueller US-Außenpolitik verantwortlich zu machen - real ist er in vielem nur der sicht- und hörbarste Ausdruck von schon länger anhaltenden, von mehreren Amtsvorgängern längst zu Strukturen verfestigten Trends. Sowohl eine Abwahl Trumps dieses Jahr, als auch eine fundamental andere Außenpolitik selbst für diesen Fall, scheinen alles andere als gesichert. Deshalb muss diese Episode auch als ein weiterer von vielen krassen Anlässen zur fundamentalen Neubewertung US-amerikanischer Außenpolitik, und unserer Beziehung zu ihr, genommen werden.

Unsere Beziehungen zu den USA und den dort lebenden Menschen werden seit je her als Elitenprojekt wahrgenommen, gedacht und geprägt von sog. „Transatlantiker*innen“, als denjenigen, denen sie vermeintlich einzig wirklich am Herzen liegen. Kritiker*innen von US-geführter Außen- und Militärpolitik wird dagegen oft pauschal Antiamerkanismus vorgeworfen. Diese Erzählung lehnen wir ab, und stellen ihr ab nun viel aktiver unsere eigene, von tiefer Verbundenheit mit US-amerikanischer Zivilgesellschaft, sowie vielen Freund*innen und Verwandten dort, entgegen: Zusammen mit ihnen streben wir eine miteinander solidarische, aber jeweils schonungslose Neubewertung unseres gesamten staatlichen, mal mehr, mal weniger gemeinsamen Handelns in der Welt an. Das wird nicht einfach, aber es ist Grundvoraussetzung für einen nachhaltigen, weil sinnvollen Bestand unserer transatlantischen Partnerschaft - im Sinne unserer proklamierten Werte, und unseres gemeinsamen Ziels einer friedlicheren und gerechteren Welt.

Maßnahmen:

Kurzfristig auf den Irankonflikt bzw. den Fall Soleimani bezogen fordern wir die

grüne Bundestagsfraktion und Parteiführung, sowie die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich für Folgendes entschieden einzusetzen:

- Die USA müssen aufgefordert werden, endlich Beweise vorzulegen für die als Tötungsgrund angeführte direkte Involvierung Soleimanis in unmittelbar bevorstehende Angriffe auf westliche Ziele. Können oder wollen sie dies nicht, sind diese Tat als krimineller Akt einzustufen, und alle Wege der eigenen Ermittlung und internationalen Strafverfolgung – so symbolisch letztere real auch sein mag – zu beschreiten.

- Deutschland muss seine Haltung des blinden Vertrauens bzw. aktiven Wegschauens bzgl. der möglichen Involvierung von hiesiger US-Infrastruktur in die Tötung Soleimanis, aber davon ausgehend auch generell in die Programme von massenhafter illegaler Hinrichtung Verdächtiger im real immer noch andauernden sog. „Krieg gegen den Terror", grundlegend revidieren. Konsequenter Maßstab müssen deutsche und internationale Rechtsgrundlagen sein.

- Von den USA sind belastbare Angaben zur tatsächlichen Nutzung all ihrer Anlagen in Deutschland einzufordern, und wo dem offensichtlich nicht zu trauen ist, diese selbst aktiv einzuholen bzw. zu überprüfen. Aktivitäten, die – hier oder andernorts, militärisch oder nachrichtendienstlich – fundamentale Menschenrechte oder internationales Recht verletzen, sind schonungslos zu benennen und nicht mehr zu dulden.

- Deutschland und die EU müssen alles unternehmen, um weiter ihrerseits ihren Verpflichtungen aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran nachzukommen. Dazu gehört vor allem, zur Not auch gegen die USA und unter Inkaufnahme wirtschaftlicher Nachteile, Möglichkeiten des Handels mit dem Iran deutlich zu stärken, da die dortige wirtschaftliche Krise nur den Hardlinern hilft.

- Eine umfassende regionale Friedensinitiative unter Beteiligung aller maßgeblicher Akteure ist anzustreben und mit allen Mitteln die Deutschland und der EU zur Verfügung stehen zu unterstützen.

Mittelfristig und auf auf unsere Beziehungen zu den USA generell bezogen fordern wir die grüne Bundestagsfraktion und Parteiführung, sowie die deutsche Bundesregierung, außerdem dazu auf, anhand der u.g. Themen eine grundsätzliche Überprüfung unserer Beziehungen zu den USA, sowie deren Rolle in der Welt, vorzunehmen. Messlatten müssen dabei Demokratie und Menschenrechte, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, sowie deren effektive weltweite Förderung, sein. Selbstverständlich müssen die Rollen Deutschlands und der EU, als Unterstützer*innen von US-Politik, wie je auch selbst als Aktive, dabei jeweils schonungslos mitbehandelt werden. Die BAG bietet hierzu ihre Mitarbeit an.

Einige Außenpolitische Themen hierfür, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

- Die durch alle US-Regierungen seit 9/11 dramatisch überdehnte und zum endlosen weltweiten „Krieg gegen den Terror“ missbrauchte Authorisierung zur Gewaltanwendung durch den US-Kongress
- Die bis heute nur lückenhaft aufgeklärten, nicht erkennbar geahndeten, und unter Trump nun auch offen enttabuisierten US-Praktiken der Entführungen und Folter. S. auch einen früheren BAG- und dann BDK-Beschluss dazu
- Massive, weltweite Programme der außerrechtlichen Tötungen per Drohne, deren Zahlen, auch an komplett unbeteiligten Zivilist*innen, unter Trump nochmal deutlich steigen dürfte. S. auch einen früheren BAG- und dann BDK-Beschluss dazu
- Versuchte Massenüberwachung jeglicher Kommunikation
- Drakonische, oft mit Rechtsstaatsprinzipien unvereinbare, teils folterähnliche (oder potentiell Todes-) Strafen gegen viele, die sich diesem System empfindlich entgegenstellen bzw. über es aufklären, s. Bsp. Manning, Assange, Snowden,…
- Ignorierung, Behinderung der Ächtung und Nichtverbreitung, sowie profitreiche Verbreitung von diversen besonders grausamen oder verheerender Waffen, z.B. Massenvernichtungswaffen, Uranmunition, Cluster-Bomben, Weißer Phosphor, Landminen, div. automatisierte/autonome Waffensysteme, schwer kontrollierbare Cyberwaffen,…
- Teils dramatische Einschnitte bei Maßnahmen der realen Minderung menschlichen Leids in Konflikt- und Armutsgebieten, sprich der Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit
- Weigerung, unserer gemeinsamen Fähigkeit (und oft auch schuldhafter Rolle) gemäß Geflüchtete aus den Kriegs- und Krisengebieten der Welt aufzunehmen
- Rassistische und sonstwie sozial krass ungleiche Innen- wie Außenpolitiken auf beiden Seiten des Atlantiks